

Er scheint wöchentlich 2 mal in Leipzig.
 Bestellungen nehmen alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- und Auslandes an.
 Für Leipzig nehmen Bestellungen an:
 die Expedition, Hohe Str. 4.
 H. Bebel, Petersstr. 18,
 F. Ziele, Emilienstr. 2.

Der Volksstaat

Abonnementpreis:
 für Preußen incl. Stempelfener 17 Sgr., für die übrigen deutschen Staaten 12 1/2 Sgr. per Quartal, per Monat 4 1/2 Sgr., für Leipzig und Umgebung per Quartal 13 Sgr.
 Filialabonnenten für die vereinigten Staaten:
 F. A. Sorge, Box 101
 Hoboken N. J. via New York

Organ der sozial-demokratischen Arbeiterpartei und der Internationalen Gewerksgenossenschaften.

An die Parteigenossen.

Der diesjährige Parteikongress wird voraussichtlich am 8., 9. und 10. September in Mainz abgehalten werden. Wir fordern die Vertrauensmänner auf, etwaige Anträge der Mitglieder rechtzeitig an Unterzeichneten einzusenden.

Der Ausdruß.

Im Auftrage:
 Theod. York, Amandastraße, Platz 44.

Was die Bourgeoisie unter „Recht“ versteht.

In Nr. 31 des „Volksstaat“ theilten wir einen Artikel der Berliner „Volkszeitung“ (betitelt „Hochverräther und Demagogen“) mit, in dem das Leiborgan der angeblich den „Rechtsstaat“ erstrebenden Preussischen Fortschrittspartei durchzuführen suchte, daß die Beurteilung der Leipziger „Hochverräther“ juristisch zwar nicht gerechtfertigt sei, daß die Geschworenen aber trotzdem ganz Recht gehabt, ihr Schuldig über Männer auszusprechen, die nach dem „Volksgefühl“, d. h. nach dem Gefühl des Artikelschreibers und seiner Parteigenossen, der Fortschritt-Bourgeoisie, das Verbrechen des Hochverraths (nämlich des Hochverraths an den Gesellschafts- und Eigenthumsbegriffen der Fortschritt-Bourgeoisie) begangen hätten.

Mit dieser „schamlosen Verherrlichung des Tendenzprozesses“ war es der „Volkszeitung“ noch nicht genug, und unter dem Titel: „Freie Meinungsäußerung und Demagogie“ veröffentlichte sie bald darauf einen zweiten Artikel, der den ersten würdig ergänzte und zusammen mit ihm einen vollständigen Coder des brutalsten und intolerantesten Absolutismus bildet, der je gepredigt worden ist. Die nackte Proskription der Minorität! Zur Charakteristik der Fortschrittspartei, und um den Lesern zu zeigen, wessen wir uns zu gewärtigen hätten, falls diese mammonanbetenden Vercherer des die „Rechte“ der Bourgeoisie wahrenenden „Rechtsstaats“ je an das Ruder gelangen sollten, lassen wir die Hauptstellen des betreffenden Artikels hier folgen:

„Es versteht sich von selbst, daß wir von jeder gelehrten Auseinandersetzung über den Sinn der zwei Worte (Demokratie und Demagogie) ganz absehen. Wir haben es nicht mit der Erklärung der den Griechen entlehnten Worte, sondern mit den thatsächlichen Erscheinungen der Gegenwart zu thun. Wenn in Griechenland ein Volksfreund, der einen demokratisch organisierten Staat herbeiwünschte, den Titel „Demagog“ oft mit Ehren trug, so ist es jetzt ein ander Ding, wo durch ein vollkommen demokratisches Wahlrecht einem Jeden ohne Unterschied die Möglichkeit gegeben ist, nicht bloß seine Meinung zum Ausdruck zu bringen, sondern in allem, was er als Wohlthat für die Gesamtheit betrachtet, eine Geltung zu verschaffen, wenn er dafür die Mehrheit zu gewinnen vermag. Unter solchen Umständen ist der freien Meinungsäußerung das höchste Maß (!) gewährt, das Recht, auf die Gesetzgebung einzuwirken, die der Wohlfahrt der Gesamtheit zu dienen hat.“

Selbstverständlich legt aber auch ein solches Wahlrecht jedem Einzelnen die Pflicht auf, den Gesetzen, welchen eine aus dem freiesten Wahlrecht hervorgegangene Volksvertretung ihre Zustimmung gegeben, gewissenhaft Gehorsam zu leisten, die Volksvertretung in ihren Majoritäts-Beschlüssen zu respektieren, und wo er anderer Ansicht ist, die Majorität nicht des bösen Willens, der Selbstsucht oder sonst niederer Leidenschaft anzuschlagen, sondern seine Meinungen in der Form einer öffentlichen Belehrung darzulegen, um für sie nach und nach die gesetzgebende Majorität zu gewinnen.

Diesem demokratischen Recht der Majorität Vorschub zu leisten und jedem Einzelnen, der zur Zeit in der Minorität ist, die Möglichkeit zu gewähren, seine Ansichten zum Gemeinwohl ungehindert einzuwirken zu dürfen, das ist eine heilige Pflicht eines jeden redlichen Demokraten. Für solche Gesetzbildung und eine durch sie zugleich begründete freie Meinungsäußerung einzustehen, das ist ein Prinzip, welches wir stets hochachten und nach Kräften zu verteidigen suchen.

Wie dagegen stehen die Agitatoren da, welche unter der Firma der „Demokratie“ eine Weltverbesserung herbeiführen wollen? Sie bilden eine Demokratie ohne Volk! Das allgemeine gleiche Wahlrecht fällt so überwältigend zu ihren Ungunsten aus, daß man wohl sagen kann: es giebt in Deutschland keine Partei, die so entschieden vom Volke zurückgewiesen wird wie diese. Gleichwohl erheben die Agitatoren einen Anspruch auf Volksherrschaft, als ob sie wunderbar gewaltige Majoritäten hinter sich hätten, und sprechen ihre Meinungen vom „Volksstaat“ in einer Weise aus, als ob bloß Gewalt und böser Wille sich gegen ihre Pläne sträubten, und als müßte dieses Widerstreben in näher oder fernere Zeit durch den Fortschritt des Volkes gedroht werden, um nach Wegräumung der Widerlächer das herrliche Ideal zu verwirklichen.

Als Unterlage für diesen Standpunkt dient den Agitatoren die leidenschaftliche Aufreizung eines meist müßiggängerischen Anhangs, dem goldne Berge im Zukunftsstaat verkündet werden. Dieser ganze Anhang ist gegenüber der wirklichen Volksmasse so verschwindend klein, daß die Agitatoren kaum im Stande sind, eine auch nur einigermaßen gelebte Zeitung zu erhalten. Dafür aber entschädigen sie sich durch Lieberredungen ihres Einflusses und durch Drohungen mit einer gewaltigen Revolution, die ihre Herrschaft herbeiführen werde.

Sold ein Auftreten im Namen des Volkes ohne Volksanhang, solch ein Aufreizen gegen den gesetzlichen Zustand, den die Majorität des Volkes durch seine freigestellten Vertreter billigt und solch ein Herbeiführen von Umwälzungen, wo Niemandem der Weg gesetzlicher Reformversuche verwehrt ist, das ist nicht demokratisches Prinzip, sondern ein Agiliten demagogischer Charakters, welches gegen die Demokratie gerichtet ist und darum auch von dem Wahrspruch des Volkes mit vollem Recht verurtheilt wird.“

Der reine Wüdel! Und hoffentlich bleibt auch für Dunder und seinen „Oberoffiziers“: Herrn Bernstein der Orden nicht aus!

Fassen wir kurz zusammen: „Demagogen“ sind wir, erstens, weil in Deutschland „ein vollkommen demokratisches Wahlrecht“ besteht und „der freien Meinungsäußerung das höchste Maß gewährt“ ist. „Demagogen“ sind wir zweitens, weil wir „ohne Volk“, ohne „Volksanhang“ sind. Und „Demagogen“

sind wir drittens, weil wir unseren („verschwindend kleinen, meist müßiggängerischen“) Anhang „gegen den gesetzlichen Zustand, den das vollkommen demokratische Wahlrecht“ sanktionirt hat, „im Namen des Volkes aufreizen und Umwälzungen herbeiführen.“ Man weiß nicht, was die Krone verdient: die denunziatorische Gemeinheit oder die bodenlose Stupidität dieses „Volkszeitungs“-Gallimatjias. In seiner blinden Angst vor der Sozialdemokratie merkt das saubere Blatt nicht, daß es durch Verherrlichung des Bismarckschen Wahlrechts und der Bismarckschen Wirtschaft überhaupt sich selbst und die Partei, deren Organ es ist, der elendesten Heuchelei und Inkonsistenz überführt, denn Jahre lang hat die „Volkszeitung“, hat die „Fortschrittspartei“ gegen dieses Wahlrecht, gegen diese Wirtschaft geeifert. In seiner blinden Angst vor der Sozialdemokratie merkt das saubere Blatt ferner nicht, daß es in das eigene Fleisch schneidet, und daß jedes Wort, welches es gegen uns sagt, mit eben so viel Recht gegen jede nicht an der Herrschaft befindliche Partei gesagt werden kann. Ganz besonders aber gegen die „Fortschrittspartei.“ Oder giebt es etwa noch eine Partei, die so entschieden vom Volk zurückgewiesen wird, wie diese? — Doch besudeln wir uns die Finger nicht weiter mit dem traurigen „Volkszeitungs“-Witz. Ueberlassen wir ihn den Fräulein der „Berliner Revue!“ Diese, im „Volksstaat“ mehrfach erwähnte Wochenschrift, welche den äußersten rechten Flügel, sozusagen die Aktionspartei des Junkerthums vertritt und sehr lebhaft in sozialer Frage macht, appliziert dem fortschrittlichen Artikelschreiber „für Jedermann aus dem Volke“ nachstehende Tracht Prügel (Nr. vom 15. Juni):

„Nur der Umstand, daß die „Volkszeitung“ seit einiger Zeit mit einigen altconservativen Antifesa Schacher treibt und man daraus auf eine Solidarität irgend einer conservativen Fraktion mit diesem elenden Blatte Schlüsse ziehen könnte, läßt uns jene abscheulichen Sätze der „Volkszeitung“ abdrucken. Gegen so schamlose Grundsätze, wie sie darin ausgesprochen sind, haben wir gar nicht nötig, noch erst zu protestiren. Das ist so haarsträubend, unerhört und dumm, wie noch keine andere Leistung dieser Zeitung, was doch Etwas sagen will.“

„Ja, strenge Gesetze gegen Hochverrath, die haben wir gefördert. Wer den Staat umstürzen will, blutigen Ansturm erregt, der Tausenden Leben, Tausenden zeitliches Wohlbefinden kosten kann, soll wissen, daß er um seinen Kopf spielt. Wir wollen, daß er ihn heruntergeschlagen werde (!), wenn unparteiische Richter nach Gesetzen des Landes ihn dazu verurtheilen und der Landesfürst ihn nicht seiner Gnade würdig hält, — aber wir wollen nicht, daß Jemandem, und sei er der elendeste Lump, ein Haar gekrümmt werde, wenn eine Beurtheilung gesetzlich „durchaus nicht gefertigt“ ist, wenn sie nur durch „Volksurtheil“ erfolgt, das sich „durch die Schranken der Strafgesetzbücher nicht gebunden“ fühlt.“

Kannt Herr Bernstein nicht die classische Formel des „Volksurtheils“? Sie heißt: „Der Jude wird verdrannt!“ Bernstein's Jude heißt Vebel-Viebnacht. Wenn aber einmal Vebel-Viebnacht, „Volksurtheil“ sprechen sollten, so wird ihr Jude wahrscheinlich Bernstein heißen. (!?)

„Volksurtheil“ war es, daß Christus sterben mußte, obgleich der „Jurist“ Bilanau sagte: Ich finde keine Ursach an diesem Gerechten.“ Das „Volksurtheil“ aber lautete: „Sein Blut komme über uns und unsere Kinder.“

„Volksurtheil“ war es, das die Scheiterhaufen anzündete für die zu bratenden Keger, — oder glaubt Herr Bernstein, die Inquisition habe sich nicht in Uebereinstimmung mit der Volksmeinung ihrer Zeit befunden?

„Volksurtheil“ war es, das die Judenverfolgungen im Mittelalter veranlaßte.

„Volksurtheil“ schreit in Böhmen „Strebros“ und peiniget dort zu unsern Zeiten die Juden.

„Volksurtheil“ schmeißt die Semiten gelegentlich in die Donau, Drau, Sava und andere schöne Gewässer.

Und „Volksurtheil“ predigt Herr Bernstein im Jahre 1872 in Berlin! Sind wir den hier bereits bei der „ganzen mittelalterlichen Kobrei“ angekommen?

Zu alledem finden wir nenlich folgende Nachricht in den Zeitungen: „Rumanien. Die Regierung ist wiederholt von den Vertretern der fremden Mächte, namentlich auch des Deutschen Reichs, aufgefordert worden, Maßregeln zum Schutze der Brasilien im Lande zu ergreifen. Um so mehr muß eine telegraphische Nachricht der „Presse“ überraschen, laut welcher die Ismaeliten Juden und ihre Rabbiner trotz ihrer erwiefsenen Unschuld zu Buchstäbenstrafe verurtheilt wurden, und zwar wegen Entwendung eines Kirchengegenstandes, der nachweislich von Andern verübt worden ist.“

Auch diese Juden haben vor Geschworenen gestanden. Ob sie gestohlen haben oder nicht, was wissen wir's. Das aber wissen wir, daß schon das einzige Moment ihrer Existenz in diesem Lande dem „Volksurtheil“ der Eingebornen gemäß ein Verbrechen ist, obgleich es nicht als solches in den „Strafgesetzbüchern“ steht. Aber Herr Bernstein lehrt, daß das „Volksurtheil“ „durch die Schranken der Strafgesetzbücher sich nicht gebunden zu fühlen“ braucht. Also, Herr Bernstein, ist Ihren Stammesgenossen „Recht“ geschehen! Welche abscheuliche Logik!

Herr Bernstein mag sich vorsetzen. Seine Stammesgenossen haben sich hier ausnahmslos mit der capitalistischen Clique alliiert, sie sind jetzt schon den Sozialisten ein Gräuel. Der Sozialismus aber verbreitet sich sichtbar schnell im arbeitenden Volke. Es wird nicht lange dauern, so werden die Proletarier in den großen Städten wieder „Hepp, Hepp“ rufen wenn ein Mann mit krummer Nase und rundem Stoppel vorübergeht.

Und das ist auch „Volksurtheil“, Herr Bernstein! Ja, ja, Herr Bernstein! Was dem Einen Recht ist, ist dem Andern billig. Und Sie haben die Züchtigung verdient. Doch über Eins beruhigen Sie sich: unser „Jude wird nicht „Bernstein heißen“, und die grausamste Rache, die Ihnen und Ihresgleichen allenfalls von uns droht, ist, daß wir Sie zu nützlicher Arbeit anhalten und in den Freistunden zwingen, sämtliche Leitartikel der „Volkszeitung“ zu lesen.

*) Unsere Leser, die auch den „Neuen Sozialdemokrat“ lesen, werden jetzt gemerkt haben, woher derselbe seine Hepp! Hepp-Schimpereien auf die „Juden“, „Judenjungen“ u. hat.

Politische Uebersicht.

Gegen die Republik. Als Ende 1870 von unsern Reichstags-Abgeordneten ausgesprochen wurde, daß Graf Bismarck den Krieg nach Sedan bloß noch gegen die Republik führe, wurde dies Seitens der Gegner in Wort und Schrift auf das Entschiedenste bekämpft und gesagt, für den genialen Staatsmann sei es völlig gleichgiltig, ob Frankreich eine monarchische Reichsverfassung habe oder nicht. Das dies falsch, liegt für Jeden, der denken und die Handlungen auf ihre Beweggründe zurückführen kann, von vornherein auf der Hand; und daß Graf Bismarck nach Sedan von dem Gedanken beherrscht wurde, um jeden Preis die Republik zu vernichten und das Kaiserreich des „lieben Bruders auf Wilhelmshöhe“ wieder herzustellen, wird durch tausend Thatfachen bewiesen, während nicht eine sich finden läßt, die auf das Gegentheil hindeutete. Wohl zitiert man einig: Aeußerungen Bismarcks, aus denen seine Gleichgiltigkeit in Bezug auf diese Frage erhellen soll, allein diese Aeußerungen sind sämmtlich nach der Hand gethan oder gemacht worden, in der greifbaren Absicht, den Argwohn, es handle sich bloß um einen Tendenzkrieg, einzuschläfern. Wie Graf Bismarck in Wirklichkeit dachte, das sehen wir u. A. aus einer bisher völlig unbeachtet gebliebenen Stelle in dem Labouchère'schen „Tagebuch während der Belagerung von Paris“. Die Leser erinnern sich ohne Zweifel, daß dieser Labouchère Kriegs-Korrespondent des Londoner Blattes „Daily News“ war, in Paris mit eingeschlossen und seiner Zeit von der Bismarckschen Presse wegen seinen frivolen Spottereien auf die Franzosen mit Vorliebe zitiert wurde; er ist also ein durchaus unverdächtig Zeug. Gleich zu Anfang seines „Tagebuchs“, das auch ins Deutsche übersetzt ist, stoßen wir nun auf folgende Notiz. Am 17. September — 14 Tage nach der Proklamirung der Republik und unter dem frischen Eindruck des Ereignisses — hatte Mr. Malet, englischer Gesandtschaftssekretär zu Paris, in Meaux eine Unterredung mit Graf Bismarck, über die er Herrn Labouchère einen, von diesem mitgetheilten und später nicht dem entirten, folglich als authentisch zu betrachtenden Bericht gab. Darin heißt es: „Er (Bismarck) befragte Mr. Malet über den Zustand von Paris und schien nur ungern zu hören, daß keine Tumulte stattgefunden. Die Erklärung der Republik und deren friedliche Anerkennung durch Paris und ganz Frankreich schien ihm keineswegs zu gefallen. Er gab zu, daß die republikanische Regierung, wenn sie sich gemäßig und ehrenhaft erwies, dem monarchischen Prinzip in Deutschland gefährlich werden könne.“ Die Trauer des „ordnungsliebenden Junkers Bismarck über die nicht stattgefundenen Tumulte“ in Paris hat sich auch später wiederholtlich zu äußern Gelegenheit gehabt. Doch das nebenbei. Vor Allem interessiert uns das Bekenntniß, daß die Republik in Frankreich das monarchische Prinzip in Deutschland bedrohe. Freilich nur von der „gemäßigten“ und „ehrenhaften“ Republik ist die Rede. Was Graf Bismarck darunter verstanden hat, ersehen wir des „Deutlichsten aus dem praktischen Commentar, welches er selber gegeben. Wer die „gemäßigte und ehrenhafte“ Republik fürchtet, muß naturgemäß, wenn er eine Republik nicht ganz beseitigen kann, eine Republik herbeizuführen suchen, welche das Gegentheil von „gemäßig“ und „ehrenhaft“ ist. Was that nun Graf Bismarck, als er sich nach fünfmonatlichem fruchtlosem Gemügel davon überzeugt hatte, daß die Republik sich nicht aus der Welt schaffen lasse? Er ließ ängelnde mit der Commune, und bedung sich das Blutgeld der Versailles, wofür er ihnen Soldaten lieferte und das famose „Kesseltreiben“ der letzten Maiwoche des Jahres 1871 veranstaltete. Also „gemäßigte Republik“ hieß ihm eine Republik ohne Bürgerkrieg und Ordnungsbanditenthum. Ferner hat der inzwischen zum Fürsten avancirte Graf Bismarck in diesen Tagen einen Vertrag über die Milliardenzahlung und Räumung des französischen Gebiets direkt mit Thiers abgeschlossen, und zwar derart, daß Thiers mit der französischen Republik identifiert und sozusagen unter die gnädige Protektion Preussisch-Deutschlands gestellt wird. Also „ehrenhafte Republik“ hieß ihm eine Republik ohne Thiers und das an und um denselben hängende Gesindel. Fas est ab hoste docerit! Wir danken dem „genialen Staatsmann“ für die unfreiwillige Belehrung! —

Dem Siegestaumel ist ein Eimer kalten Wassers über den Kopf gegossen worden und — was das amüsanteste, — von einer Seite, von der man es am allerwenigsten erwartet hätte, nämlich durch den Großen Preussischen Generalstab, der doch am besten weiß, wie die „Siege“ zu Stande gekommen sind. Aus dem soeben veröffentlichten Werk besagten Generalstabs ersehen wir zwei Thatfachen, die auch mit dürren Worten ausgesprochen sind, 1) daß Preußen schon 1869 zum Krieg mit Frankreich vorbereitet war, und 2) daß Frankreich bei Ausbruch des „heiligen Kriegs“ nicht zum Krieg mit Preußen vorbereitet war. Eine vorbereitete, numerisch stärkere Armee hat also eine unvorbereitete, numerisch schwächere Armee geschlagen, — ein Kunststück, zu dessen Vollbringung weder besondere „Genialität“ noch Tapferkeit gehört, und das wahrhaftig nicht zu den pouebadigen Ruhmesanfängen der Bismarckschen Herrrroff-Kautionstropeter berechtigt. Ueber die politische Tragweite der erwähnten

antlichen Schrift, das unsere Auffassung des Kriegs nach allen Richtungen hin bestätigt, gelegentlich ein Näheres. —

Gute Nachrichten für die Knechteligen. Am 28. Juli feiert der Herr Reichskanzler seine silberne Hochzeit. Welch treffliche Gelegenheit, um von Neuem den Beweis zu führen, daß die Deutschen in der That „das erste Volk in der Welt“ sind — im Kriege und im Frieden. Wir schlagen als passende Hochzeitgeschenke eine goldgerahmte Nachbildung der samosen „Photographie“ vor, welche den „Genialen“ in so verdächtiger Tête à Tête mit der bekannten Lucca darstellt, daß er, von einigen sittenstrengen Kreuzzeitunglern gedrängt, feierlich jede Schuld „abzuschwören“ mußte. —

Stieber's Korbammlung ist nun vollständig; die Oesterreichisch-Ungarische Regierung hat auf Grund eingegangener Erkundigungen erklärt, daß der Konferenztag zu stieberisch sei und ein nicht gerade fein geflochtenes Körbchen in die Spree-Kaiserstadt geschickt. Also auch den Oesterreichern „sind wir zu liberal!“ Da aber Fürst Bismarck den Sächsischen und andern diminitivitätlichen would be- (Möchte gern) Gesellschaftsretterlein nicht den „Lurus“ einer internationalen Konferenz gönnen und sich mit ihnen privatim abfinden wird, so darf der Konferenzplan getrost in die Kumpellammer gelegt werden.

Neue Besen seggen gut. Darum hat man, wie weiland an Stelle des Mähler den Fall zum Kultusminister, so jetzt an Stelle des Stiehl, Schulregulativlicher Berühmtheit, den Schneider zum Geheimen Regierungsrath in Kultus-sachen, und an Stelle des Herrn von Wurmb den Herrn von Madai zum Polizeipräsidenten von Berlin ernannt. Herr Stiehl war alt geworden und Herr von Wurmb hatte gegenüber dem Gründungs-schwindel gewisse Scrupel, die nachgerade an einflußreicher Stelle unbedeutsam wurden, weil sie ins „Reich der Gottesfürcht und frommen Sitt“ nicht passen. —

Nur die Lumpen sind bescheiden, denkt der Preussisch-Deutsche Oberpostdirektor Stephan und läßt folgendes in die Zeitungen rücken:

General-Postdirektor Stephan hat unterm 1. d. M. von Dels eine Postkarte folgenden Inhalts bekommen:

Em. Hochwohlgeboren gestatten mir wohl, daß ich die erste Postkarte mit Portovermählung dazu verwende, Ihnen, als dem Schöpfer dieser segensreichen Einrichtungen, meinen Dank auszusprechen. Mögen Sie dem deutschen Reich noch recht lange erhalten bleiben, damit dasselbe auf dem Postgebiet auch fernher „an der Spitze der Civilisation einhererschreitet.“

Darauf ist vom General-Postdirektor nachstehende Antwort ergangen: Ich danke Ihnen verbindlich, und finde in Ihren trefflichen (!) Worten aufs Neue den Satz bestätigt, daß die öffentlichen Einrichtungen ihre größte Stütze in einem so intelligent (!) aufzufassen und umsichtig benutzenden Publikum haben.“

Daß ein Beamter und noch dazu ein so hochgestellter, durch Veröffentlichung derartiger Reklamen und Selbstlobhudeleien mit einem Hoff oder Daubitz in Konkurrenz tritt, hätte den alten Tadel vielleicht zur Wiederholung seines samosen: „Das schädi sich nicht“, bewegen können. Doch de quibus non est disputandum, und Herr Stephan hat möglicherweise nie das Sprüchwort vom Eigenlob gehört. Die Sache hat aber noch eine andere Seite. Der Herr Oberpostdirektor Stephan hat sich, wie aus dieser Korrespondenz erhellt, einer Unterschlagung schuldig gemacht. Wie Jedermann weiß, der mit der Geschichte des deutschen Postwesens nur einigermaßen vertraut ist, sind die 1/2 Groschen-Korrespondenzkarten seit Jahren in Oesterreich im Gebrauch, wie denn überhaupt Oesterreich auf dem Postgebiet, wenigstens in Deutschland, „an der Spitze der Civilisation einhererschreitet“, während Preußen stets kläglich hinterdrein schleicht und stets der Hemmschuh aller Reformen war. So besteht z. B. das Groschenporto schon seit 1860 in Oesterreich, das also Preußen und dem übrigen Deutschland um volle acht Jahre voraus war; und noch 1865 auf der Karlsruher Postkonferenz war es Preußen, das „aus fiskalischen Gründen“ — das heißt, weil es Geld für den geplanten Krieg gegen Oesterreich brauchte — den von allen anderen deutschen Staaten angenommenen Antrag auf Zurückführung des Groschenportos zurückwies und zu Fall brachte. Erst nach glücklichem Gelingen des „Bruderkriegs“ kam Preußen den Oesterreichern nachgehinkt und bewilligte dem „deutschen Volk“ gnädigst das Groschenporto, was von dem nationalliberalen Bedientenchorus pöblichschuldig in allen Tonarten als „Segnung des Nordbunds“ und der Bismarckschen Ordnung gepriesen ward.

Daß ein in Knechteligkeit und in der Bewunderung alles Preussischen und der Nichtkenntnis oder Verachtung alles Nichtpreussischen erzogener Philister von diesen Thatsachen keine Ahnung hat, finden wir bei unserm Respekt vor den Schulregulativen und dem „Schulmeister, der bei Sabowa gestiefelt hat“, sehr natürlich, und wir verargen daher dem Kästramer von Dels seine „treffliche“ und „intelligente“ Epistel nicht im Mindesten. Aber wie konnte Hr. Stephan sich unterfangen sie anzunehmen? Er weiß doch besser als irgend ein Anderer, daß der Schreiber von durchaus falscher Voraussetzung ausgeht, und daß dessen Komplimente an die falsche Adresse gerichtet sind? Und weiß er nicht, daß es in Vergehen ist, einen falsch adressirten Brief zu behalten? Weiß er nicht, daß, wer einen falsch adressirten Brief, wissend, daß die Adresse falsch ist, behält, nach dem Gesetz eine Unterschlagung begeht? Wahrhaftig, wenn der oberste Postbeamte des „neuen Reichs“ eine solche laxen Moral an den Tag legt und einen Brief, der nicht für ihn bestimmt ist, sans gêne annimmt, dann kann man sich nicht darüber wundern, daß so viele Briefe im „neuen Reich“ nicht an ihre Adresse kommen, oder — an eine falsche! —

„Blanqui“, heißt es in Pariser Zeitungskorrespondenzen, „ist in Versailles nach dem Fort Duquesne gebracht worden, um dort seine Einschiffung nach Caledonien zu erwarten.“ Warum den gebrechlichen Greis, dessen ganzes Verbererehen es war, daß er am 31. Oktober 1870 die in seiner Gewalt befindliche Regierung — schonte, nicht gleich an einen der Pföde von Satory binden und widerschießen? Das ist ebenso sicher, als die trübsene Guillotine und weniger grausam. Freilich, es macht mehr Lärm! Die Arbeiter von Paris aber werden sich die Lektion merken. —

Der Konflikt der Londoner Baumeister mit ihren Arbeitern ist in ein neues Stadium gelangt. Die Baumeister traten Ende der vorletzten Woche auf Vorschlag der in Kleinbürgertümlichen Liberalismus machenden Social Science

Association (deren Vermittlung sie indigheim angerufen hatten) mit dem Vorstand der Steinhauer und Steinmaurer (Masons) in Unterhandlung, und boten ihnen die 9stündige Arbeitszeit nebst der Hälfte der geforderten Lohn-erhöhung (8/4 Pence die Stunde) an, worauf die masons auch, ohne die übrigen Ausgeschlossenen zu befragen, nach kurzer Berathung eingingen. Darauf hin erklärten die Meister, im frohen Glauben, nun aus der Sackgasse entschläpft zu sein, die Wiedereröffnung ihrer Werkstätten an. Allein sie hatten die Rechnung ohne den Wirth gemacht. Die Backsteinmaurer (brick layers), welche, da die Häuser in London durchweg von Backsteinen gebaut werden, weit zahlreicher sind als die masons und carpenters (Zimmerleute) hielten sofort Versammlungen ab, auf denen einstimmig der Beschluß gefaßt wurde, den Compromiß nicht anzunehmen, auf den ganzen Forderungen zu bestehen, und im Weiteren für keinen Meister zu arbeiten, der den Lockout dekretirt hat. In Folge dessen sind nachträglich viele masons kopfschüttel geworden, und es unterliegt schon keinem Zweifel mehr, daß der perfide Versuch der Meister, die Arbeiterarmee zu sprengen, seinen Zweck verfehlt hat. —

Neuestes. Nach den letzten Nachrichten haben die Meister ihre Werkstätten wieder schließen müssen, weil sich Niemand zur Arbeit gemeldet hat. Nach dem „Behide“ ist ein baldiges Ende des Konflikts zu erwarten. Und zwar unzweifelhaft zu Gunsten der Arbeiter, deren Organisation sich in wirklich großartiger Weise bewährt.

Türkische Wirthschaft. Auch der Sultan hat seine Kirchenfrage oder richtiger hat sie nicht — der Barbar! Der Bischof von Antiochien stellte sich jüngst auf die Hinterfüße, wurde zur Ordnung verwiesen, und appellirte dann an den Papst, der ihm natürlich Recht gab. Aber diese „verkommenen“ Türken, die keinen Bismarck haben, begriffen nicht die Nothwendigkeit, deshalb einige Centner offizieller Matulatur zu reden und zu schreiben: das Regierungsblatt erklärt kurz und bündig: „Nachdem die Hohe Pforte nach langer und reifer Prüfung ihren Entschluß kundgegeben hat, steht weder dem Papste noch dem Cardinal Antonelli noch irgend Jemandem das Recht zu, über eine Angelegenheit der inneren Verwaltung der kaiserlichen Regierung weiteren Einspruch zu erheben, und wer das Gegentheil behauptet, dem möge Gott gesunden Sinn einflößen.“

Und damit Basta! Benimmt der bischöfliche Krawaller sich nicht anständig, so stellt man ihn vor den Richter, wie das Gesetz es vorschreibt. Und die Folge ist, daß die ungebildeten Türken, wie schon angedeutet, den Lurus einer Kirchenfrage unterbreiten müssen, sintermalen der Bischof sich wohl hüten wird, eine weltliche Gewalt, die so ganz unlässerlich redet, in Frage zu stellen.

Leipzig. Ueber Bebel's Verurtheilung herrschen auch unter den Parteigenossen vielfach irrige Ansichten. Die Aberkennung des Reichstagsmandats bezieht sich ausschließlich auf das Mandat, welches derselbe jetzt bekleidet und officirt in keiner Weise die sogenannten „politischen Ehrenrechte“ Bebel's, der darum, falls das Urtheil bestätigt werden sollte, **rechtskräftig wiedergewählt werden kann.** Der Wortlaut des Gesetzes läßt in dieser Beziehung nicht den leisesten Zweifel zu. Also keine Verwirrung! Und wenn das Urtheil bestätigt wird: **Wiederwahl Bebel's mit doppelter Majorität!** —

Uebrigens findet das jüngste Leipziger Urtheil in der ganzen ausländischen Presse die schärfste Kritik. So schreibt man z. B. dem nationalliberalen „Nürnberger Correspondent“ aus Berlin, wie folgt:

„Selbst der leidenschaftlichste Parteisanatismus wird über die neueste Verurtheilung Bebel's durch ein sächsisches Gericht keine sonderliche Genugthuung empfinden. Majestätsbeleidigungen sollten nur in den allerdingens Fällen, wenn es sich um das Privat- oder Familienleben des Regenten oder unmittelbar persönliche Ehrverletzungen handelt, gerichtlich verfolgt werden. In je größerer Öffentlichkeit die Wirksamkeit eines Regenten sich vollzieht, um so weniger kann derselbe durch bloße Worte verletzt werden. Die sächsischen Staatsanwälte, zumal der Generalgewaltige darrunter, Herr Schwarze, sollten sich die Unempfindlichkeit des Reichstags und seiner einzelnen Abgeordneten gegen Verleumdungen von sozial-demokratischer oder radikaler Seite her mehr zum Muster nehmen. Das Urtheil des sächsischen Gerichtshofes fällt um so mehr auf, als es gegen Bebel auf die für einen Mann seines Bildungsgrades sehr wenig passende Gefängnisstrafe statt der Festungshaft erkannt hat. Nach den Absichten des Reichstags sollte Gefängnis nur gegen Bergehen, welche von niedriger, gemeiner Gesinnung zeugen, angewandt werden. Dazu kommt nun noch gar die Aberkennung des Reichstagsmandats durch das Strafgericht. Ein solcher Fall ist noch niemals in Deutschland vorgekommen. Die Richter hätten sich um so mehr bedenken sollen, von diesem Strafmittel Gebrauch zu machen, je wahrheitslieblicher es ist, daß Bebel's Wahlkreis dieses Urtheil durch eine Neuwahl kassiren wird.“

Die Berliner „Volkzeitung“ bringt in ihrer Nummer vom 17. Juli über denselben Gegenstand nachstehende Korrespondenz:

„An Thüringen, 15. Juli. In der thüringischen Presse, unter der sich nicht ein einziges Organ der Sozialdemokratie befindet, hat die Verurtheilung Bebel's durch das Leipziger Gericht zum Verlust seiner Mitgliedschaft im Reichstag großes Aufsehen erregt und eine sehr scharfe Beurtheilung hervorgerufen. Die „Thüringer Presse“ in Gotha spricht sich in ihrer letzten Sonntagsnummer vom 14. Juli sehr entschieden gegen diese Bestimmung des Strafgesetzes aus, die das Mandat eines Volksvertreters dem wohlwollenden Ermessen jedes Gerichtshofes in jedem kleinen Städtchen anheim gebe. Und das in Oesterreich, Norddeutschland, Westdeutschland, in dem von streng nationaler, aber auch entschieden freimüthiger Richtung, schreibt u. A.: „So wenig sympathisch auch Bebel der großen Mehrheit des Reichstages ist, so fragt es sich doch, ob dieser Fall nicht dem Reichstag Anlass geben wird, nach dieser Richtung hin (nämlich Abänderung des § 95 des Strafgesetzes) irgend welche Schritte zu thun. Diese Bestimmung kann unter Umständen höchst verhängnisvoll werden. Wir wissen ja aus den deutschen Reaktionen und Konfliktszeiten, wie leicht es war, jemandem einen Majestätsbeleidigungs-Prozess an den Hals zu werfen.“ ... Und dann sagt das Blatt weiter: „Im vorliegenden Falle dürfte die Sache zu einem ganz eigenthümlichen Resultat führen. Bebel wird wahrscheinlich in seinem Wahlkreis wieder gewählt werden. Wird er wieder gewählt, so rehabilitirt ihn das Volk durch diese Wiederwahl. Ob das die Autorität der Gesetzgebung und Richter stärkt, ist eine andere Frage. Den Herren Reichstagsabgeordneten aber rathen wir in Zukunft mit der Feder, wie mit der Zunge außerhalb des Reichstages sehr vorsichtig zu sein, damit sie nicht irgend ein Gerichtstisch ihrer Mitgliedschaft für verlustig erklärt.“ Soweit das thüringische Blatt. Ich füge noch hinzu, daß

auch in den großen Kreisen des Publikums das Urtheil des Leipziger Gerichtshofes einer sehr scharfen Kritik unterworfen wird und man allgemein der Meinung ist, daß das Strafgesetz hierin einer Abänderung bedürftig ist. Das Ansehen des Reichstags, sagt man, leide darunter.“

Im Gegensatz zum „Nürnberger Correspondent“ bekräftigt das „Organ für Jedermann aus dem Volk“ das Urtheil seines Thüringer Correspondenten mit folgender die Freude über den Ausgang des Prozesses schlecht verhehlenden Interpretation:

„Wir erlauben uns hinzuzuführen, daß sich in dem letzten Satz unseres Herrn Referenten eine gewisse Unsicherheit der Ansicht über die bestehende oder über die abzuändernde Gesetzgebung verrieth. Wenn man nämlich der Ansicht ist, daß das Urtheil des Gerichtshofes deswegen ungerecht ist, weil es auf Grund eines schlechten Gesetzes gefällt ist, dann trifft den Urtheilsspruch selbst möglicherweise kein Tadel, und umgekehrt, wenn man den Urtheilsspruch an sich tadeln, so schließt dies möglicherweise eine Verurtheilung des Gesetzes nicht in sich. Wir verurtheilen vor Allem das Gesetz, wie es jetzt ist. D. Red.“

Das Hauptblatt der Nr. 162 der „Demokratischen Zeitung“ wurde wegen des ersten Abganges der „Politischen Uebersicht“, worin die Verfassungserklärung durch den Kultusminister einer Kritik unterzogen wurde, suspendirt. Mit Veranlassung der beanstandeten Stelle ist eine neue Ausgabe des Hauptblattes erschienen.

An den Besitzer der Gußstahlfabrik, Herrn Alfred Krupp.

Es hat uns Arbeitern nicht geringes Staunen abgerungen, daß Sie, verehrter Herr, sich die große Mühe gegeben haben, „an die Arbeiter der Gußstahlfabrik“ eine Proclamation, enthaltend ein Bild Ihrer Lebens- und Leidensgeschichte mit Rügenwendungen von Ihrem Standpunkte aus zu erlassen. Wir folgen Ihnen gern in diesem Gedankengang, obgleich wir nur von Erstaunen zu Erstaunen geführt werden.

Waren es denn bloß die Schmelze und Schmelzer, die Ihre Erklärung veranlaßten, oder war es die gesteigerte Kohlennoth, welche Sie bewog, offo „An die Arbeiter“ Ihre Lohnslaven, loszulassen? Ob Sie vor 45 Jahren in den Trümmern des österrischen Erbes oder bereits vor einem großartigen, vollendeten Werk gekniet haben, das Sie uns sehr gleichgültig lassen; daß Sie aber damals „mit wenigen Arbeitern in einer Reihe“ gekniet, ist unser Erstaunen gerade weiter nichts, als dasselbe Verdienst, welches auch heute noch Tausende von jungen Anfängern und auch alten Meistern des Handwerks zuerkannt werden muß. Sie aber haben für sich dieses „in einer Reihe gekniet“ rühmend hervor. Was sagen Sie aber dazu, verehrter Herr, wenn wir die Behauptung aufstellen, daß Sie durch Ihre sonderbaren Einrichtungen hier in Essen, indem Sie gleichzeitig mit Seife, Kanonen, Schuhwische und Dampfseifen, Butter und Schußwägeln u. s. w. handelt, es hunderten von braven Handwerkern und Geschäftleuten, denen die heutige Konkurrenz so wie so hart zu Leibe geht, unmöglich gemacht haben, gleich Ihnen, später von sich als Verdienst rühmend hervorheben zu können, daß sie war „mit wenigen Arbeitern in einer Reihe“ gekniet, aber nach 45 Jahren großartige und glänzende Geschäfte gemacht haben. Wenn vor 45 Jahren der Tagelohn für Schmelze und Schmelzer auf 18 Stüber stand, so brauchte die damalige Arbeitergeneration sicherlich eben nicht so viele Steuern zu bezahlen wie heute, wo der Staat sich so enorm mit Gußstahlkanonen versehen muß. — Daß Sie heute ein „gemachter Mann“ sind, das schreiben Sie Ihrem eigenen Verdienste zu. Aber sagen Sie, Herr Krupp, ist Ihre Fabrik wohl an einer der neuen Einrichtungen theilhaftig, ohne daß die Arbeiter von hier oder von dort, direkt oder indirekt mit Beiträgen zu den Kosten (unter verschiedenen Formen) engagirt wären?

Diese Beiträge helfen Ihnen den Lohn der Arbeiter auf dem großen Gebiete der menschlichen Bedürfnisse aufzubrengen. Das gesteigerte Bedürfnis unserer Generation ist der Brunnen, aus dem Sie Ihren Reichthum schöpfen, ist aber auch das naturgemäße Gesetz, gewissermaßen der eiserne Zwang, der dem Schmied und dem Schmelzer ganz ohne Ihr Wohlwollen und ebenso unabhängig von Ihrer „freiwilligen Regel“, in welcher Sie die Löhne erhöht haben wollen, von 18 Stüber bis auf den heutigen Lohnsatz verholten hat. Wenn Ihnen — wie Sie zwar sagen, was aber zu bezweifeln ist — 15 Jahre eigener Arbeit und Sorge nichts weiter eingebracht haben, als soviel, um Ihre Arbeiter zu bezahlen, dann ist es Ihnen nicht besser ergangen, als ebenfals tausend Anderen, die, gerade so wie Sie, die „Hoffnung auf bessere Zeiten nicht sinken lassen.“ Daß aber „das Bewußtsein der Pflichterfüllung“ die moralische Grundlage aller Unternehmung sein und bleiben muß, das werden Sie wohl schon damals richtig begriffen haben.

Ein jeder Ihrer Arbeiter kann nicht „Krupp“ werden, und trotz der gesteigerten Bedürfnisse können nur wenige Fabriken (und zwar minder in groß) neben der Ihrigen bestehen. — Es ist klar und begreiflich, daß ein jeder Mensch seine natürlichen Anlagen anzuwenden und auszunutzen sucht; aber Allen bieten sich nicht die hierzu nothwendigen Mittel. Daß Ihr Lebensweg Sie, Herr Krupp, zu Glück und Reichthum geführt, ist wahrlich nicht Ihr alleiniges Verdienst, oder Sie müßten das Ungehörliche behaupten und sich als außerhalb der unendlichen Kette der geschäftlichen, also gemeinschaftlichen Beziehungen, gemeinschaftlichen Arbeit und Bildung wähnen.

Es gehört allerdings kein geringer Aufwand von Geistesbegabung dazu, das Ganze zu überblicken, allein viele tüchtige Beamte und Verwalter erleichtern Ihnen dieses Geschäft bedeutend und indem Sie das Werk vollbringen, müssen Sie auch erkärlicher Weise dazu die Kraft besitzen, die Sie aber nicht vom Monde haben, sondern nur durch das gesellschaftliche Zusammenleben erwerben konnten. Ein Genie fällt nicht vom Himmel, es muß erzogen werden. In dieser Weise sind Sie Besitzer eines so riesigen Establishments geworden, welches nicht so sehr durch Ihr Genie, als durch die große Zahl der Arbeiter, welche am Hammer, an der Drehschneid, im Walzwerk, oder in der Eisenerei schweißtriefend Ihren Reichthum vergrößern helfen, so bedeutend geworden ist, während jene selbst jetzt zum übergroßen Theil mit Schicksalsschlägen von 16 bis 20, 25 und 26 Sgr. durchs Leben labortiren müssen. Außerdem beobachtet man auf Ihrer Fabrik, ob mit Ihrer Erlaubnis oder nicht, ein Verfahren, welches deutlich beweist, wie man bestrebt ist, die Konsequenzen der Großproduktion bis zum Reifsten zur Durchführung zu bringen. Wirklich gelehrte Handwerker werden, besonders im Bauwesen, zu allerhand Kleinigkeiten und Reparaturen verwendet und zwar im Schicksal zu 20—26 Sgr., während der Tagelöhner im Accord sich immerhin noch um einige Groschen besser stellt. Es ist eben Ihre ausgeprägte Absicht, dem Handwerk und der kleinen Geschäftswelt den „goldenen Boden“ unter den Füßen wegzureißen, den Sie in Ihren feuerfesten Gefangnissen umgemüht wieder finden. Sie „errichten nützliche Einrichtungen in it äußerer Kraftanregung“ im Interesse der Arbeiter.“ Sie haben selbst Ihr „Wohlwollen“, Ihr „Freiwilligkeits-Regal“ so rühmend hervor, daß man schon deshalb unwillkürlich an Ihrer Aufmerksamkeit zweifeln möchte, selbst dann, wenn wir die Verhältnisse auf Ihrer Fabrik nicht kennen würden. Durch Ihre Consum-Anstalten spenden Sie eine Wohlthat, die Ihnen um 30, 40 und 50 pCt. mehr einbringt, als Sie Ihren Anlagen gekostet. Es wird wohl nicht mehr lange dauern und Sie werden solche „nützliche Einrichtungen“ getroffen haben, daß das Geld, welches Sie freitags ausgeben, Samstag sammt und sonderes sich schon wieder in Ihren Gefangnissen befindet. Ob hier einerseits das „Interesse der Arbeiter“ die einzige Triebfeder gewesen ist, oder überhaupt nur von einem solchen Interesse gesprochen werden kann, dies überlassen wir Ihnen der Aburtheilung der öffentlichen Meinung. Sprechen wir aber einmal von den „in die Tausende gehenden Wohnungen“ die Sie errichtet haben. Auch hier sojournen Sie wieder Ihr „Verdienst“ aus. Und wundern es nur noch, daß Sie nicht von der Stadt Essen verlangen, sie solle Ihnen Wohnungen ge-

stellen für die Tausende von Arbeitern, die Sie durch Ihre Agenten hierher transportieren lassen. Oder wollen Sie etwa bestreiten, daß es — falls wenn Ihre Arbeiterwohnungen so wären, wie sie sein sollten — in Wirklichkeit nichts mehr und nicht weniger als Ihre Pflicht und Schuldigkeit ist, der herbeigekommenen Menschenmenge Obdach zu geben? Diese aus Ihrem „Wohltun“ hervorgegangenen „mühsamen Einrichtungen“ werden Ihnen — daß sind wir überzeugt — niemals gewesen, denn, indem Sie erstens die Miethe nebst darin enthaltenen Zinsen pünktlich in Abzug bringen, fesseln Sie zugleich die Arbeiter an Ihre Fabrik und — was viel für Sie werth ist, — Sie machen sich die Leute dadurch gewungenermaßen dienstbar, gefügiger; denn es ist ein übler Gedanke, in 14 Tagen aus der Arbeit gejagt und so gut wie auf die Straße geworfen zu werden und zwar des Verbrechens wegen, Ihre „Zuverlässigkeit“ nicht abgewartet zu haben und mit dem bescheidenen Wunsch — um Lohnhöhe in ihrer Zeit an Sie heranzutreten zu sein. Das nennen wir, so zu sagen, Tantalus-Qualen, wenn uns die Freiheit, etwas Unschuldiges oder Gerechtigtiges in Erinnerung bringen zu dürfen, gänzlich abgeschnitten, andererseits aber mit bandwurmnähnlicher Geduld auf Ihre geneigte „Zuverlässigkeit“ zu warten, gestattet ist. Hiermit geht es aber wie mit den Kindern, die, wenn sie nicht schreien könnten, manchmal bösen Hunger leiden müßten. —

Sie loben im Ferneren an sich, daß Sie „bei allgemeiner Verleumdung dennoch arbeiten lassen“, wie einen „treuen Arbeiter entlassen hätten.“ Daß es überhaupt Verleumdungen giebt, ist die Folge der kapitalistischen Produktionsweise und der bourgeois-liberalen Staatsrichtungen, unter denen wir und unsere nachbarlichen Kulturvölker noch leben. Ein Staat mit vollständig genossenschaftlich-johannischer Produktion kennt kein Risiko Einzelner und keine Verleumdungen, soweit sie nicht politischen, nationalen oder dynastischen Grundursachen hergeleitet werden könnten. Wenn in unserer Zeit Verleumdungen wirklich eintreten, dann ist auch kein gewiegter Geschäftsmann so thöricht, alle seine Arbeitsträfte sofort zu entlassen; vollends aber feiner, in der richtigen Ermüdung der kommenden unabweislichen Bedürfnisse in ungeschwächtem Maße fortzuarbeiten lassen kann. Das Verdienst bei Verleumdungen keinen „treuen Arbeiter“ weggeschickt zu haben, ist demnach ein sehr billiges, denn die Arbeitgeber haben ein Interesse daran, besonders wenn man bedenkt, wie wohl es dem Fabrikbesitzer thut, nach überhandener Geschäftskrise storte und sinkende Kräfte zu besitzen.

Abgesehen aber von Alledem, haben auch Sie, Herr Krupp, schon massenhaft Arbeiter entlassen. Siegen wir nun einmal den Fall, einige tausend Arbeiter, welche überflüssig sind, wären lauter „treue Arbeiter“ nach Ihren Begriffen, dann würde jedenfalls bei einer großen Störung Ihr ganzes Wohlwollen in einem mittelständigen Aufseher bestehn, dessen Sie sich öffentlich nicht rühmen möchten. Sie sehen, verehrtester Herr Krupp, daß Alles, womit Sie aufwarten, nicht ausreicht, Ihren Arbeitern das Recht freitlich zu machen, mitunter etwas in empfehlender Erinnerung zu bringen. Sie bestreiten dieses Recht mit Berufung auf die „Opfer“, welche Sie gebracht haben wollen im Jahre 1848 und den vier und vierzig Jahren. Reden wir nicht von 1848, sonst können uns leicht der Bohn zu weit führen. Was aber die späteren Opfer der Kriegsjahre betrifft, so glauben wir bestimmt, daß die Opfer, welche Ihre Arbeiter gebracht, die Ihrigen weit übertragen. Sie nehmen aus Ihrem vollen Sack, während wir die hoch angeschwollenen Kommunalkassen, sowie die vertheuerten Lebensmittel, von unserem spärlichen Einkommen bestreiten müßten. Andersfalls aber müßten wir hinaus in die Schlacht, und unser Leben und unsere Gesundheit in die Schanze schlagen, sowie unsere Familien verlassen, und das wozu? Man sagt, „für König und Vaterland“ — sicherlich, aber auch für Sie, damit Sie in ungeschmälterter Weise über Ihr „Eigentum“ verfügen können und daselbe nicht als vollkommene Leute den ansturmenden Feinden in die Hände falle. Kein Wort des Dankes lassen Sie hierfür über Ihre stolzen Lippen gleiten. Oder glauben Sie gar, weil Sie während der Kriegsjahre keine glänzenden Geschäfte gemacht, hätten Sie sich ein Verdienst, einen Ruhm erworben? Was Sie über den Stillstand der Geschäfte in der Kriegsjahre sagen, klingt wie eine Anfrage, ob Ihnen der Staat Ihren „Schaden“ nicht vergüten wolle — wo Sie doch, wie männiglich bekannt, gerade durch die Kriege an den Kanonen so riesigen Profit gemacht haben. Was Sie heute, „jeder Erinnerung zuvorkommend“, und „in der Regel freiwillig“ leisten, das machen Sie morgen schmerzhaft verdreifacht wieder ein. Wäre dies in der That nicht so, dann könnten Sie jetzt nicht so forieren. Das ist selbstredend. Wegen der „Opfer“ der jetzigen Kohlennoth mögen Sie sich gefälligst mit Ihren Herrn Kollegen vom Selbst aneinandersehen, welchen Sie dieselbe verdanken, indem auch Sie jeder „Erinnerung“ weder „zuwo“ noch nachkommen wollten.

In dem letzten Absatz Ihrer Ansprache suchen Sie die Gemüther zu erschrecken und zu ängstigen, während Sie vorher sich selbst und Ihr Thun in das rosigste Licht gestellt. „Aufwieger“, „Drumtreiber“, „falsche Verlockungen“, „Mißbrauch“ — „allgemeiner Untergang“, „im Trüben fischen“ u. s. w. — aus alledem leuchtet Ihre Absicht, zu erschrecken, nur zu deutlich hervor. Wenn je irgend ein Agitator mit Schlagworten um sich wirft — schlimmer kann er es nicht treiben, als es in Ihrer Ansprache geschieht.

Eine tief stützliche Idee, getragen von der Macht der Ueberzeugung und von der Wissenschaft anerkannt, stellen Sie als das „Hingespinnst“ von einigen Lumpen und Bagabonden hin. Herr Krupp, ein solches Verfahren wollen wir Ihnen vorläufig an Ihren vielen „Bedienten“ zu Gute rechnen. —

Sie sprechen von dem „häuslichen und sittlichen Lebenslauf“ sogenannter „Apostel“ und suchen dieselben zu verächtlichen. Wenn Ihre Vorwürfe zum Theil richtig sind, dann ist dies das Resultat der gegenwärtigen gesellschaftlichen Verhältnisse; dann ist aber ebenso unabweisbar, daß eine ganze Menge vornehmer Agitatoren oder „Apostel“ des Geldsacks vorhanden waren, die bei vollen Taschen in's Buchhaus wanderten und ein großer Theil treibt ein sauberes Spiel, anstatt besser im Buchhause beaufsichtigt zu werden, noch jetzt fort. Wir bringen eine solche Sammlung aus gewissen Rücksichten nicht, wenngleich wir unter vier Augen dazu berechtigt sind. Wir haben ferner noch keine Gelegenheit gehabt, in der hiesigen Presse „Verdächtigungen“ der Verwaltung Ihrer Fabrik zu finden.

Wohl aber ist es ein wirkliches Verdienst eines Theiles der hiesigen Presse, daß sie Ihre Spalten gegen die vielfachen und schweren Uebergriffe, welche sich die allmächtig dünkenden Beamten ohne Ihr Wissen und Willen erlauben, öfnet.

Schwerlich werden Sie die Behauptung aufstellen wollen, daß das ganze Thun und Treiben aller Ihrer Beamten unannehmbar sei. Jene Herren haben Ihre Mittel, um es nicht zu Ihrem Verderben auszufragen zu lassen, den Arbeitern aber bleibe als einziger Weg, als einziges Mittel, gehört und verstanden zu werden — die Presse. —

Die weiter in Ihrer Ansprache enthaltenen Androhungen und Schmeicheleien sind einer Verantwortung nicht werth. Wir wollen nur noch hervorheben, daß, so sehr wir auch beklagen würden, wenn gerade Sie, Herr Krupp, die wir Sie kennen, uns verlassen würden, um Anderen, vielleicht schlimmeren Leuten, Platz zu machen, sicherlich aber ein solcher Entschluß Ihre Seite — die Fabrik zu verlassen — auf das „Vertrauen“ der Arbeiter wenig Einfluß ausüben würde. Eine Gesellschaft von Kapitalisten wird dagegen gewiß mit Dank Ihre Maximen acceptiren, die das Geschäft auf solchen Höhepunkt gebracht und welche die Arbeiter Ihrer Fabrik systematisch zum Stillstehen nöthigen. Daß in Ihnen persönlich die „Vorliebe“ für die Arbeiter „wurzelt“, geben wir gern zu; daß aber im Kreise Ihrer Unternehmungen, nach einer mühsamen Arbeitszeit dem braven und ordentlichen Arbeiter die Gelegenheit geboten sein soll, im „eigenen Hause“ seine Pension zu verzehren, das will uns nicht in den Kopf! Es würde uns zu weit führen, wollten wir alle die Fälle mittheilen, wo die Arbeiter bei „Verzehrung ihrer Pension im eigenen Hause“ gar unanständig gehandelt wurden. Wir wollen nur einen gerichtlichen Fall erwähnen, der vor mehreren Jahren in letzter Instanz zu Gunsten eines „treuen Arbeiters“ der Krupp'schen Buchhändlerentschieden wurde, nachdem man, was allemal konstatiert ist — den Mann von Pontius zu Pilatus gewiesen, ihn seines großen Lebensverdienstes (7½ Sgr.) auf dem Bahnhofs zu Borsdorf dadurch beraubte, so daß der Mann buchstäblich mit Familie hungern mußte. Dieser Mann, welcher Herr Krupp, hatte das Unglück, im Kreise Ihrer Unternehmungen zum Theil forierlich und geistig verarmt worden zu sein. Ihre werthe Frau hatte allerdings die anerkennt-

wertige Gewogenheit, dem Manne nach gerichtlicher Entscheidung der Sache und auf eine schriftliche Vorstellung 5 Thlr. überweisen zu lassen, was wir hier mit Freuden notizen.

Mit der „ruhigen Verzehrung der Pension“, hat es aber seine besondere Aue. Wenn wir wünschen, daß auf Ihrem Etablissement auf „jede gerechtfertigte Forderung eingegangen“ werden möge, dann ist dies der einzige Wunsch, der von vernünftigen Leuten gestellt werden kann und darf; damit nicht jede gemachte „Erinnerung“ als ein Verbrechen, oder auch nur als ein Vergehen angesehen werden möge, welches Ab- und Ausweisung verdient. Schließlich bemerken wir nur noch, daß, so gut wie Sie, Herr Krupp, in Ihrem Hause und auf Ihrem Boden, „Herr sein und bleiben“ wollen, auch „wir Arbeiter, selbst auf e. unserm Hause und wenn auch nicht auf unserem „Boden“, Herren unserer Arbeitskräfte, unserer Gesundheit und unserer Knochen sein und bleiben wollen; auch wollen wir selbst ein gelegentliches Mittel, unsere Lage zu verbessern, im schlimmsten Falle nicht verschmähen.“

„Mehrere Arbeiter.“

Gewerkschaft der Holzarbeiter.

Dresden, den 13. Juli. In der hier am 6. Juli abgehaltenen Generalversammlung der Holzarbeiter war die Neuwahl des Vorstandes auf der Tagesordnung und wurden nachstehende Personen in den Vorstand und Ausschuß gewählt: Als Bevollmächtigter J. J. Peters, Schreibergasse Nr. 8, 2. Etage; als Stellvertreter F. Arnold, Caruststraße 18, 2. Etage; als Schriftführer J. Bäter, Sophienstraße 6, 4. Etage; als Stellvertreter J. Schuffenhauer, Josephinenstraße 17, Parterre; als Gewerkschafts-Kassier Hermann, Körnerstraße 14, Parterre; als Krankentassen-Kassier Vogt, Schöffelgasse 33, 3. Etage; als Kontrolleur H. Peh, M. Hartmann und E. Schlaß.

Nachdem sich der Vorstand und der Ausschuß konstituiert hatten und die Komit übernommen waren, wurde nachträglich in der am 13. Juli abgehaltenen Versammlung der letzte halbjährliche Rechnungs-Abschluß vorgelegt, welcher sofort an die Vororts-Verwaltung nach Hamburg geschickt werden soll.

Wenn wir juristisch auf das verfloßene halbe Jahr, so können wir sagen, daß wir wieder einen Schritt vorwärts gethan haben, denn durch den hier jetzt bereits 13 Wochen währenden und noch nicht beendeten Streite sind eine bedeutende Anzahl für die Gewerkschaft gewonnen, die da eingesehen haben, daß wir nur organisiert etwas zu erreichen vermögen und vor jeglicher Unbill der Arbeitgeber geschützt sind. Ich hoffe, wenn es so fort geht, daß unsere Gewerkschaft bald groß dastehen wird, denn auch durch die in Erfurt angeführte Union ist mehr Vertrauen in die Sache gekommen und ist anzunehmen, daß wir jetzt rascher zum Ziele, d. h. zur Einigung sämmtlicher Arbeiter in der Gewerkschaft gelangen.

J. J. Peters, Bevollm.

NB. Der Vertheil und Arbeitsnachweis für Tischler befindet sich große Bräderstraße Nr. 12 in Hermann's Hof.

Hannover, 8. Juli. In der heute abgehaltenen Generalversammlung der Gewerkschaft der Holzarbeiter wurde als Bevollmächtigter J. Franke, Ballhofstraße Nr. 18, als Kassier Valentin Frundstein, Blumenstraße Nr. 8, als Revisoren Jasper, Henke und Kaiser, und als Schriftführer wurde Unterzeichneter gewählt.

Mit sozial-demokratischem Gruß und Handshake

K. Kaiser.

Gera, 14. Juli. Unter heutigem Datum haben die hiesigen Tischlergesellen folgendes Schreiben an sämtliche Meister verschickt, und haben wir die beste Hoffnung, daß auf gütlichem Wege eine Verständigung erfolgt. Das Schreiben lautet: „Gehöhr Herr! Durch die ganz bedeutende Preissteigerung aller Produkte, insbesondere aber der unentbehrlichen Lebensmittel, ist Ihre, sowie die Fristen der Gesellen bedroht. In Ermüdung dessen, sehen wir uns gezwungen, untenstehende Forderungen an Sie zu stellen, und sind wir überzeugt, daß Sie denselben beistimmen werden, da ja beiderseits dieselben Interessen obwalten.“

Wir gehen von der Ueberzeugung aus, daß unsern Arbeitgebern selbst viel daran gelegen sein muß, eine feste und sichere Grundlage für Aufhebung der Preise zu gewinnen, denn am Deutlichsten zeigt der fühlbare Mangel tüchtiger Arbeiterkräfte, daß wir mit den Preisen anderer Städte nicht vorwärts geschritten sind. Dieser Mangel wird sehr bald beseitigt sein, wenn die Löhne ausgedehnt werden. Einem Gesellen, der Familie hat, ist es eine reine Unmöglichkeit, unter den obwaltenden Verhältnissen hier zu existiren, denn in größeren Städten ist die Steuerlast dieselbe, die Lebensmittel nicht um das Geringste theurer als hier und halten sich in Folge dessen meist die besten Arbeiter von den kleinen Städten fern.

Da Sie unter demselben Druck der Theuerung leiden (hauptsächlich noch erhöht durch den Preis der Rohprodukte) wie wir, und also dieselben Interessen Sie zwingen, mit einer Preissteigerung vorzugehen, was ja bei den meisten hiesigen Geschäften schon geschehen ist, so werden Sie gebeten, bis zur unten angegebenen Frist Ihre Preise der fertigen Arbeit dem Publikum und Ihren Auftraggebern gegenüber so zu stellen, daß Sie unsere in Punkt 1, 2 und 3 gestellten Forderungen genehmigen können.

- 1) Der vollständige Lohn, sowie die Accordarbeit soll um 20 Prozent steigen und der Minimallohn auf eigene Kost 4 Thlr., auf Kost 1 Thlr. 25 Sgr. mindestens betragen; besser Arbeitern nach Leistung mehr. Bei Feierabend- und Sonntagsarbeit werden auf eigene Kost 9 Stunden für einen Tag gerechnet.
- 2) Die Arbeitszeit dauere von früh 6 bis Abends 7 Uhr, eine halbe Stunde Frühstück, 1 Stunde Mittag, eine halbe Stunde Besper, mit Ausnahme Montags, wo erst um 7 Uhr angefangen und um 6 Uhr Feierabend ist; ebenso soll Sonnabends um 6 Uhr Feierabend sein; an den Tagen vor den hohen Festen um 4 Uhr.
- 3) Der Lohn ist allmählich auszubezahlen, bei Stückarbeit erfolgt eine dem Verdienst entsprechende Abschlagszahlung, jedoch nicht unter dem Minimallohn, bei fertig gelieferter Accord ist der Rest vollends zu entrichten.

Dann wäre es noch wünschenswerth, in sämmtlichen Werkstätten möglichst bald das Arbeiten auf eigene Kost einzuführen.

Das unterzeichnete Komitee ist beauftragt, Sie um eine gefällige Rückantwort bis längstens Montag, den 29. Juli, zu ersuchen, daselbe würde auch bereit sein, in einer Ihrerseits einuberenden Versammlung zu erscheinen, um die obigen Forderungen näher zu motiviren. Außerdem wird gebeten, alle Zuschriften Einzelner oder eines Komitees von Ihrer Seite unter der Aufsicht: „An das Komitee der Gerater Tischlergesellen“ nach der Herberge zu adressiren.

Hochachtungsvoll

Die Tischlergesellen Gera's.

Das Komitee, im Auftrag

G. G. Schuffenhauer.

Wir ersuchen sämmtliche Kollegen Deutschlands, vorläufig allen Bezug von hier fern zu halten; weitere Berichte werden folgen.

Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden gebeten, von Obigem Notiz zu nehmen.

Briefe und alle Anfragen wolle man gefälligst unter obiger Adresse nach der Herberge richten.

Allgemeiner deutscher Sattler-Verein.

Hamburg-Altona, 14. Juli. Sattlerstr. Kollegen Deutschlands! Heute haben wir die Arbeit eingestellt, weil unsere Forderungen zum Theil zurückgewiesen sind. Ein Jeder, der mit den Verhältnissen Hamburg-Altonas vertraut ist, wird wissen, daß es rein unmöglich ist, bei den jetzt bestehenden Löhnen auch nur ein bescheidenes Auskommen zu finden. Um eine Arbeitseinstellung möglichst zu vermeiden, stellen wir unsere Forderungen so niedrig wie möglich. Wir fordern 5 Pct. Lohnerhöhung für Ueberstunden, 10 Pct. Lohnerhöhung für Akkordarbeit und 10tägige Arbeitszeit. Trotz dieser bescheidenen Forderungen wies man uns zurück. Wir ersuchen daher alle Parteigenossen und Kollegen, den Bezug von hier fernzuhalten.

Alle arbeiterfreundlichen Blätter, sowie deren Leser werden gebeten, für Verbreitung dieser Thatsachen Sorge zu tragen.

Das Strike-Komitee.

Essen, 15. Juli. Zum Strike der Bergleute. In der verfloßenen Woche haben sämmtliche Deputierte nochmals bei den resp. Grubenbesitzern angefragt, ob und wie viel sie von unseren Forderungen bewilligen wollen. Die Antwort, die sämmtliche Deputierte erhalten

haben, lautete übereinstimmend: Es wird nichts bewilligt. Die Bergleute sollen wieder anfahren und dann will man sehen, was gegeben werden könnte. Theilweise sind die Deputierten von den Herrn Grubenbesitzern sehr groß empfangen worden, besonders die Reicheren waren am brutalsten, z. B. Waihsios Stines und der Stellvertreter des Herrn Krupp, Steingröwer. Ich bin der Herr, ihr seid die Arbeiter und habt zu pariren. Das ist die vielgepriesene Humanität der Herrn Arbeitgeber.

Dann ist auch eine Deputation zum Herrn Landrath gegangen. Dort wurde den Bergleuten auch der Rath ertheilt, die Arbeit wieder aufzunehmen, und wenn dies geschehen sei, dann sollten die Löhne geregelt und sonstige Uebelstände abgeklärt werden. Gestern am Sonntag hielten sämmtliche Grubenbesitzer Versammlungen ab, in denen der obliegende Beschluß der Grubenbesitzer mitgetheilt wurde. Von sämmtlichen Bergleuten wurde hierauf beschloffen, weiter zu streiken. Heute vor 8 Tagen nahm ein Schachtmesser 354 Bergleute mit nach Ruhrort, um an einem königlichen Hafen zu arbeiten; als sie dort ankamen, wurde ihnen vom Unternehmen die Arbeit verweigert, weil sie streikende Bergleute seien; die Leute bekamen ihr Reisegeld zurück und gingen wieder nach Essen. So will man den Bergleuten andere Erwerbsquellen verschaffen, damit der Hunger sie zwingt, die Grube wieder aufzunehmen. Die Bergleute sind in Folge dessen sehr aufgebracht. Sie sagen: Ist die Vorenthaltung der Staatsarbeit etwa der Dank dafür, daß wir 1870 und 71 nach Frankreich zogen und die Turlos zurückhielten, damit den Geldwäßen der Geldsack nicht geplündert werde?

Es wird so häufig geschrieben, die Bergleute ständen sich hier bedeutend besser wie anderswo; ein Delegirter habe sogar in einem Jahre 500 Thaler verdient. Ich will hier eine Lohnliste der bedeutendsten Grube veröffentlichen, nämlich der Grube „Königin Elisabeth“. Diese Grube hat 23 Scheffel Kohlen per Tag auf jeden Arbeiter; jeder Scheffel kostet auf der Grube mindestens 5 Sgr., macht also 2 Thlr. 25 Sgr. Diese Grube ist schon über 25 Jahre alt; das Anlagekapital ist schon längst zehnfach gedeckt. Auf benannter Grube sind im Monat Mai Schichten verfahren 12,196. Der Lohn auf diese Schichten vertheilt sich folgendermaßen: 722 Schichten à 1 Thlr. 7 Sgr., 6213 Schichten à 1 Thlr. 5 Sgr.; 958 Schichten à 24 Sgr., 455 Schichten à 25 Sgr., 129 Schichten à 25½ Sgr., 513 Schichten à 26 Sgr., 1766 Schichten à 28 Sgr., 114 Schichten à 28½ Sgr., 458 Schichten à 1 Thlr. 1 Sgr., 870 Schichten à 17 Sgr. Also circa 12,720 Thlr. Für die Gewerkschaft wurde verdient auf 12,196 Schichten, per Schicht 23 Scheffel, à 3 Thlr. 25 Sgr.; Summa 46,751 Thlr. 10 Sgr.; die Arbeiter haben erhalten 12,720 Thlr. also Profit für die Gewerke 34,031½ Thlr. im Monat Mai. Nun werden meine Parteigenossen doch wohl sehen können, welche Ausbeute die Herrn jeden Monat in die Tasche stecken, und deshalb ist unser Kampf ein so hartnäckiger, weil die Herrn über eine so ungeheure Summe zu verfügen haben. Wären die Herrn weniger reich, so würden sie eher in die Nothwendigkeit kommen sich mit ihren Bergleuten zu einigen, aber jetzt können sie es anstehen.

Ueber die Proklamation des Herrn Hartort möchte ich auch ein paar Worte noch sagen. Herr Hartort sagt in seinem Schreiben: „Außerdem bestehen für die Bergleute noch die Knappschaftskassen; für keinen Stand ist so vollständig gesorgt wie für den Bergmann.“ Nun will ich meinen Parteigenossen auch die Tabelle der Knappschaftskasse hier mittheilen, aus der zu ersehen ist, wie für uns Bergleute gesorgt ist. Für Hauer wird Invalidegeld nach folgender Tabelle gezahlt: von 2-3 Jahren Dienstalter 16 Thlr., von 3-4 Jahren 24 Thlr., von 4-5 Jahren 32 Thlr., von 5-10 Jahren 36 Thlr., von 10-15 Jahren 40 Thlr., von 15-20 Jahren 44 Thlr. Die Lehrhauer und Schleppler erhalten 10 Thlr. weniger. Ich habe die Tabelle nur bis zum 20. Jahre veröffentlicht, weil jetzt die Bergleute in der Regel nicht länger als 20 Jahre Dienstalter aufweisen können. Also ein Bergmann, der 20 Jahre in der Grube täglich war und den Hauergrad erlangt hat, erhält Invalidegeld 44 Thlr. jährlich und für jedes Kind 15 Sgr. monatlich, so lange das Kind noch nicht 14 Jahre alt ist; also 44 Thlr. jährlich, monatlich 3 Thlr. 20 Sgr. Hat er nun noch 3 Kinder unter 14 Jahren so kommen noch 12 Thlr. 15 Sgr. dazu, macht also 5 Thlr. 5 Sgr.; auf den Tag kommen sonach 5 Sgr. 2 Pf., ist die Familie nun 5 Köpfe stark, so macht es per Kopf 1 Sgr. 2 Pf. — und doch ist für keinen Stand so vielzeitig gesorgt wie für die Bergleute, meint Herr Hartort. Ob Herr Hartort schon ein Statutenbuch des Knappschaftsvereins zu Essen in der Hand gehabt hat? Ich bezweifle es sehr. Krankentgeld erhalten die Hauer 12 Sgr. täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage und der ersten drei Tage der Krankheit auf die Dauer von 8 Wochen. Lehrhauer erhalten 7½ Sgr. auf 4 Wochen. Und die Bergleute zahlen selbst zu dieser Kasse: Die Hauer 20 Sgr. monatlich, die Lehrhauer 15 Sgr., die Schleppler 10 Sgr. Im Jahre kommen in runder Summe ein an Beiträgen der Arbeiter: 99,682 Thlr. Die Werkbesitzer zahlen 80,525 Thlr.; also zahlen die Arbeiter die größte Summe. Wenn also unsere Knappschaftskasse so gut gestellt ist, wie Herr Hartort meint, so ist es größentheils doch unser Geld, welches in die Kasse fließt. Was würde Herr Hartort sagen, wenn ihm jetzt, im Alter von 80 Jahren, 1 Sgr. 2 Pf. Pension per Tag angeboten würde. Ich bedauere andere Arbeiter, wenn für sie weniger gesorgt ist, wie für die Bergleute.

Essen, 15. Juli. Herr Krupp hat heute seinen streikenden Bergleuten den Lohn für Monat Juni verweigert; wenigstens 20 Grubenbarren waren auf der Grube mit dem Herrn Polizei-Inspektor und Herrn Bürgermeister von Essen.

Die Bergleute auf der Krupp'schen Grube haben immer jeden 15. Lohnstag für den verfloßenen Monat; wenn aber der 15. auf einen Sonntag fällt, dann haben sie den 16. Lohnstag. Heute nun wurde ihnen der verdiente Lohn vorenthalten; man hat den Lohnstag auf den 20. verlegt. Jetzt sieht man, daß das Kapital allmächtig ist. Die Polizeibehörde meinte, die Bergleute sollten die Sache dem Gericht übergeben, aber wie lange sollen diese denn noch warten. Es ist eine elende Ausrede, weiter nichts. Ich meine doch, die Behörde könnte Herrn Krupp zwingen, zur bestimmten Zeit auszugeben, denn da die Bergleute jeden Monat nur einmal Lohnstag haben, sind sie auch froh, wenn der Tag kommt.

Hambrecht, 16. Juli. Wie rasch auch unsere Stadt ausblühen mag, so entwickelt sich dennoch rascher hierorts die Sozial-Demokratie. Zwar ist die Arbeiterbewegung hier kein Neuling, vielmehr wurde sie schon vor langer Zeit von Hamburg aus angeregt, aber sie schwankte unselbstständig hin und her und noch im verfloßenen Winter war es den Hamburger Mitgliedern des „Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins“ möglich, in hiesigen schwachbesetzten Arbeiterversammlungen sich als Versammlungsmehrheit zu geben. Dies hat jetzt aufgehört. Der hiesige sozial-demokratische Arbeiterverein zählt schon über 70 Mitglieder, hat eine ständige Expedition des „Volkstanz“ errichtet und hält in neuerer Zeit fast von Woche zu Woche öffentliche Arbeiterversammlungen ab, worin ihn die Hamburger Freunde durch Reden unterstützen. Sowohl Hoek, wie Poasi und Weib haben wiederholt mit Beifall in solchen Versammlungen das Parteiprogramm und die Parteibestrebungen erläutert. Näheres werden wir auch die unliegenden Dristhaften in die Agitation ziehen und so den Boden für unsere Partei immer mehr bereiten. Möge man überall das Gleiche thun.

Neu-Hamburg, Sonntag, den 28. Juli, wird in den Räumen des Darmstädter Hofes hier selbst ein sozial-demokratischer Arbeitertag abgehalten.

Tagesordnung:

- 1) Besprechung über den zur Mainzer Konferenz gestellten Antrag, die Regelung der Agitation in Süddeutschland betreffend.
 - 2) Die hiesigen Landesstände in Bezug auf die Gemeindegewinn. — Alle unliegenden Dristhaften, wie Frankfurt, Offenbach, Mainz, Darmstadt, sowie auch Mannheim und Heidelberg werden gebeten, Vertreter zu diesem Arbeitertage abzusenden.
- Die betreffenden Delegirten haben sich Morgens um 10 Uhr im Galionshaus „Zum Darmstädter Hof“ zu einer Vorlesung einzufinden. Um 4 Uhr Nachmittag findet die Parteiversammlung statt.

Mit sozial-demokratischem Gruß

Das Komitee.

Vollé, Schob, Heudel, Jacobi, Peter Arnoul.

Apolda, 16. Juli. An die Thüringer Parteigenossen: Nach Beschluß der letzten Thüringer Landesversammlung ist von jedem Mitglied ein Beitrag von 1 Sgr. vierteljährlich für den Agitationsfond festgesetzt worden. Ich habe damals, als ich die Beschlüsse veröffentlichte, hauptsächlich auf diesen Beschluß aufmerksam gemacht

